

Antragsnummer:
AntragstellerInnen: Jusos Oberbayern
AdressatInnen: Juso-Landeskonferenz und Juso-Bundeskongress sowie an SPD-Landesparteitag und SPD-Bundesparteitag

Bürgerversicherung

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten stehen für die Bürgerversicherung. Um diese aber wirklich gerecht und sozial zu gestalten fordern wir, dass folgende Punkte in das Thesenpapier des SPD-Bundesvorstandes eingearbeitet werden:

- die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze für ArbeitnehmerInnen auf 6.300€. Die Beitragsbemessungsgrenze ist aufzuheben, sobald es keine Möglichkeit mehr gibt in die PKV einzutreten bzw. die PKV als Vollversicherung abgeschafft ist. Gleichzeitig ist auch die Versicherungspflichtgrenze zu erhöhen.
- Miet- und Kapitaleinkommen sind Lohneinkommen bei der Beitragsfestsetzung (AN-Anteil) für die Bürgerversicherung gleichzusetzen.
- die Abschaffung jeglicher Zuzahlungen.
- Anstatt der Vereinheitlichung des Leistungskataloges sollte eine Einheitskrankenkasse eingeführt werden.
- konkrete Beispiele der Förderung der Prävention.

Begründung:

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten fordern ein gerechtes, soziales, präventives, einheitliches, flächendeckendes und erstklassiges Gesundheitssystem für alle Bürgerinnen und Bürger. Die Güte der medizinischen Versorgung darf nicht mehr abhängig vom individuellen Versicherungsschutz sein. Die Finanzierung des Gesundheitssystem muss auf eine breitere Basis gestellt werden, in welcher Bestverdienende und Beamten ihren solidarischen Beitrag einbringen. Das momentane Thesenpapier ist in einigen Stellen nicht mutig genug. Es sieht keine Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze für ArbeitnehmerInnen vor. Wir fordern die Angleichung auf die selbe Grenze wie derjenigen der Rentenversicherung. Es sieht nicht die Abschaffung der Praxisgebühr vor. Wir fordern diese, da die Gebühr untere Einkommen stärker belastet und in keinem Verhältnis zu ihrem Nutzen steht. Wir fordern ebenso ein präventiveres Gesundheitssystem und wünschen uns deshalb konkrete Beispiel wie diese Idee in der Praxis umgesetzt werden soll.

Antragsnummer:
AntragstellerInnen: Jusos Oberbayern
AdressatInnen: Über Juso-Landeskonferenz an Juso-Bundeskongress sowie an SPD-Landesparteitag und SPD-Bundesparteitag

Öffentlich-Rechtliche Audio-, Video-, und Multimediainhalte zeitlich unbegrenzt im Internet zur Verfügung stellen

Antrag:

Die von den öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten produzierten Inhalte (Fernsehsendungen und Radiobeiträge) sollen zukünftig wieder zeitlich unbegrenzt und ohne Einschränkungen im Internet abrufbar sein.

Begründung:

Mit dem am 1. Juni 2009 in Kraft getretenen 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag wurde der rechtliche Rahmen der Verfügbarkeit der von öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten produzierten Inhalte (Audio- und Videodateien) eingeschränkt. Seitdem dürfen nur noch Dateien mit "zeit- und kulturhistorischen Inhalten" zeitlich unbegrenzt online stehen. Wie lange ein bestimmter Inhalt online gestellt wird, wird in einem sog. Dreistufentest-Verfahren festgestellt, welches die Sender, und damit indirekt auch die Bevölkerung als Gebührenzahler vor einen erheblichen Aufwand stellt.

Wir fordern im Hinblick auf die Online-Verfügbarkeit der produzierten Inhalte eine rechtliche Neuregelung des Rundfunkstaatsvertrages, da, insbesondere durch die kommende Gebührenregelung, jede Bürgerin und jeder Bürger das Recht haben muss, die von ihm bezahlten Inhalte ohne Einschränkung nutzen zu dürfen.

Antragsnummer:
AntragstellerInnen: Jusos Oberbayern
AdressatInnen: Juso-Landeskonferenz und Juso-Bundeskongress sowie an SPD-Landesparteitag und SPD-Bundesparteitag.

Bundeswehr an den Schulen

Antrag:

Die möglichst baldige Auflösung der Kooperationsvereinbarungen zwischen Bundeswehr und Schule, bezüglich der Schulbesuche durch Jugendoffiziere, soll in das Wahlprogramm der SPD übernommen werden.

Begründung:

Schulen müssen immer ein ziviler Raum sein. Genau das sind sie jedoch nicht mehr, wenn speziell ausgebildete Jugendoffiziere an Schulen unterwegs sind. Sicherlich sind Debatten zu sicherheitspolitischen Themen notwendig, auch an Schulen, diese müssen dann jedoch auch als Debatte geführt werden. Das bedeutet dass auch VertreterInnen pazifistischer Initiativen eingeladen werden müssen. Bis eine derartige Lösung gefunden worden ist, ist die Kooperationsvereinbarung aufzukündigen. Die Behauptung, Jugendoffiziere würden nur bilden und nicht rekrutieren, lehnen wir ab, da allein die Präsenz und der inhaltliche Fokus der ReferentInnen eine Form der Militarisierung ist.

Antragsnummer:
AntragstellerInnen: Jusos Oberbayern
AdressatInnen: Juso-Landeskonferenz

Export von Fleisch und Fleischnebenprodukten regulieren!

Wir fordern die schrittweise Einstellung aller Ausfuhren von Fleisch- und Fleischnebenprodukten aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in Entwicklungsländer. Vor allem die UNO soll bei Hilfsprogrammen zur Hungerhilfe auf lokale Produkte aus der Region zurückgreifen.

Mit der Einstellung des Exports, muss zur Abfederung von Angebotsengpässen, ein Ausbau der Entwicklungshilfe einhergehen, der dazu geeignet ist den Wiederaufbau einheimischer Märkte und kleinbäuerlicher Produktionsstätten im afrikanischen Raum zu forcieren.

Begründung:

Die übermäßige Ausfuhr von Fleisch- und Fleischnebenprodukte in afrikanische Staaten hat in den letzten Jahren zur Zerstörung lokaler Märkte beigetragen. Tausende Kleinbauern, die nicht in der Lage sind mit ihren, im Inland produzierten Waren gegen die subventionierten Produkte aus Europa zu konkurrieren, mussten ihre Arbeit einstellen und sind akut in ihrer Existenz bedroht. Die Ausfuhr europäischer Produkte zerstört also die lokale Wertschöpfung und führt unmittelbar zum Ausbruch von Armut und Massenarbeitslosigkeit. Besonders der Verkauf von Geflügelbilligfleisch, welches in Europa grundsätzlich keine Abnehmer findet, stellt ein Problem dar.

Aktuell sind davon vor allem die Staaten Benin, Ghana und die Demokratische Republik Kongo betroffen. Allein dort werden ca. 70% aller nach Afrika exportierten Geflügelfleisch-exporte der Europäischen Union abgesetzt.¹

Insgesamt verdoppelten sich die Ausfuhren von Geflügel von etwa 150.000 Tonnen im Jahre 1999 auf zu Letzt knapp 300.000 Tonnen im Jahre 2010, Tendenz weiter steigend. Ähnlich verhält es sich mit dem Export von Schweinefleisch und -fleischresten.²

Die Nichteinhaltung der Kühlketten führt ferner auch unmittelbar zur massiven Verschlechterung der ausgeführten Produkte, was wiederum zur Gesundheitsschädigung an der lokalen Bevölkerung führt.

Die Zukunft tausender Kleinbauern, die wirtschaftliche Stabilität ganzer Regionen, die Gesundheit der lokalen Bevölkerung und nicht zu Letzt deren sichere Versorgungslage, werden dem rücksichtslosen Gewinnstreben der europäischen Massentierhaltungsbetriebe geopfert. Um die einheimische Produktion und die Wertschöpfung in den betroffenen Staaten zu schützen und den weiteren Folgeschäden europäischer Exportpolitik zu begegnen bedarf es Maßnahmen, wie der hier geforderten Ausfuhrschränkungen.

¹s. www.eed.de/fix/files/doc/110408_Grafiken_EU%2BD_Fleischexporte_2010.pdf

²s. www.eed.de/fix/files/doc/110408_Grafiken_EU%2BD_Fleischexporte_2010.pdf